

107200

# Rote Schiffahrt mit Hindernissen...

## Sowjetspanische Matrosen verlassen in Norwegen ihre Schiffe

Eigene Berichte des VB.

wg Stockholm, 23. April.

In der nordnorwegischen Hafenstadt Tromsø liegen seit Weihnachten zwei im Dienst Rotspaniens stehende spanische Frachtdampfer, deren Besatzung uneinig geworden ist. Die Dampfer haben verschiedene Reisen von Spanien nach Nordrußland, ua. nach Murmansk, gemacht.

Beim letzten Besuch des einen Dampfers, „Guernica“, in Murmansk verließen drei Besatzungsmitglieder, die an Land gegangen und als Gegner des Bolschewismus bekannt waren. Die Besatzung vermutet, daß der Kapitän die drei Matrosen durch die G.P.U. verhaften ließ.

Als dann kurz nach Weihnachten der Dampfer „Guernica“ zusammen mit dem Dampfer „Marzo“ wieder nach Sowjetrußland auslaufen sollte, weigerte sich die Mannschaft unterwegs, nach sowjetrußischen Häfen zu gehen. Daraufhin mußten die Dampfer Tromsø anlaufen, damit der Streit zuerst einmal beigelegt werden könnte. Am Freitag sind nun 14 Mann der Besatzung an Land gegangen und in ein Hotel eingezogen. Sie haben gleichzeitig die norwegischen Polizeibehörden um ihren Schutz und betont, daß der größte Teil der Besatzung des 5000-Tonnen-Dampfers „Guernica“ sich zum nationalen Spanien bekennen.

Aus diesem Grunde wollten sie unter nationalspanischer Flagge nach Spanien zurückfahren und nicht nach Sowjetrußland weiterfahren. Die an Bord zurückgebliebene Besatzung befürchtet, daß die Kapitäne demnächst wieder nach Sowjetrußland auslaufen werden, um die Dampfer dort zu verkaufen. Das Schicksal ihrer drei verschundenen Kameraden würde dann wahrscheinlich auch der übrigen Besatzung blühen.

ganz und gar unparteiisch verhalten wolle. Der Dreißigjährige Krieg brachte die Neutralitätspolitik durch seine konfessionellen Hintergründe stark in Gefahr, als Gustav Adolf von Schweden den Versuch machte, die protestantischen Orte zu Bündnisverträgen zu bringen. Die Gefahr konnte aber ausgeräumt werden, so daß der Bund unerschüttert aus den Kämpfen hervorging. Diese Erfahrung ließ bei den Eidgenossen die Neutralitätspolitik zu einer grundsätzlichen Angelegenheit werden.

Im Dreißigjährigen Kriege wurde lange Zeit die Neutralität noch sehr weitherzig ausgelegt. Die Eidgenossen haben verschiedene Staaten mehrfach den Durchzug ihrer Truppen durch schweizerisches Gebiet gestattet. Im 2. Februar 1688 entschlöß sich aber der Bund zur vollkommenen Neutralität und verbot den Durchzug fremder Truppen. Da dieses Verbot aber nur mit einem bewaffneten Aufgebot praktische Bedeutung haben konnte, war der Entschluß des Bundes gleichzeitig das Bekenntnis zur wehrhaftesten Neutralität, die in den folgenden Jahren mit großem Eifer ausgebaut wurde. Wie auch der Schweizer Professor v. Waldkirch in seiner Schrift „Die dauernde Neutralität der Schweiz“ nachweist, war das Ergebnis dieser Entwicklung die völlige Befreiung des Bundes von der Reichshoheit, die im Westfälischen Frieden ausdrücklich anerkannt wurde.

Der Bund mußte nun die Zeit, um seine Wehrhaftigkeit weiter auszubauen. In den folgenden 150 Jahren mußten die Eidgenossen mehrfach ihre Neutralität durch bewaffnete Aufgebote schützen. So blieb, von einigen Grenzverletzungen abgesehen, die Schweiz von den vielen Kriegen dieser Epoche verschont. Besonders, wenn ein Krieg ausbrach, beicite sich der Bund, seine Neutralität von neuem zu erklären. Der Schweizer Neutralitätsbegriff war damals aber noch nicht das, was wir uns heute darunter vorstellen.

So fand man es mit der Neutralität vereinbarlich, Frankreich das Anwerben von Soldaten in den Gebieten der Eidgenossenschaft zu gestatten, wie überhaupt die französische Politik starken Einfluß ausüben konnte. Es ist allerdings durchaus möglich, daß man Frankreich gegenüber leichter zum Nachgeben bereit war, weil von diesem Lande die größten Gefahren für die Neutralität und den Bestand der Eidgenossenschaft bedroht wurden. Vom Jahre 1515 bis 1798 blieb die Schweiz jedoch dann ihrer Neutralitätspolitik tatsächlich von allen kriegerischen Vermischungen verschont und hat wohl auch diesem Zeitpunkt ihren Bestand von heute zu danken.

Wie Professor von Waldkirch in seiner bereits erwähnten Schrift sagt, paßten Frankreich die friedlichen Beziehungen zur Schweiz so lange, wie es mit den Alliierten Krieg führte. Sofort nach Abschluß des Friedens von Campo Formio im Jahre 1797 machte es sich aber der Verletzung der Schweizer Neutralität durch die Besetzung von Basel und Biel schuldig. Anfang Januar 1798 besetzten die Franzosen auch das Waadtland, und Bern wurde im März desselben Jahres von den französischen Truppen erobert. Am 22. April 1798 zwang Frankreich der Eidgenossenschaft eine neue Verfassung nach französischem Muster auf und veranlaßte den Bund am 19. August zu einem Bündnisvertrag, der mit der

## Wieder ein Sowjetgesandter entflohen?

aus Brüssel, 23. April.

„Bingtieme Siecle“ gibt immer wieder verbreitete Gerüchte wieder, daß der sowjetrußische

## „Ein Liebedienst für Stalin“

### Weißrussische Generale müssen Frankreich verlassen

he Paris, 23. April.

Unter dem ersten Schutz von 220 „unliebsten“ Ausländern, die Frankreich bis zum Ende des Monats verlassen müssen, befinden sich auch die vier weißrussischen Generale Kasilow, Turin, Kusliski und Kotschkin, die alle in den Zarenheeren, also auf der Seite Frankreichs, gekämpft haben, ferner der Schriftsteller Swarim.

Das Verbrechen der Ausgewiesenen scheint darin zu bestehen, daß sie Freunde des Generals Miller sind und seinerzeit die Sowjets offen der Einführung ihres Kameraden beschuldigt haben. Sie werden also weniger darum ausgewiesen, weil sie Frank-

reich „unliebham“ geworden sind, sondern Stalin.

Die französische Polizei erweist den Sowjets damit, wie „Le Jour“ und das „Journal“ feststellen, einen Liebedienst, der noch auf das Konto des abgetretenen sozialdemokratischen Innenministers Dormoi gesetzt wird.

In weißrussischen Flüchtlingskreisen ist man über diese Ausweisung begreiflicherweise sehr beunruhigt und die Betroffenen erklären, daß sie schon seit dem Verschwinden General Millers fürchteten, daß man ihnen eines Tages auch Angelegenheiten bereiten würde. Sie verlangen von den französischen Behörden einen Paß, um sich nach Belgien begeben zu können.

Einverständnis der Eltern an die deutsche Privatschule in Rybnik. Der dortige polnische Schulpfänger erklärte sich damit nicht einverstanden, sondern forderte die Entsendung des Wojwodschaffsantes, die die Aufnahme der Kinder in die Rybniker deutsche Schule mit der Begründung unterjagte, diese Schule sei bereits überfüllt, und die deutschen Eltern aufforderte, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken. Der Erfolg war, daß die deutschen Eltern mit Verwaltungsgeldstrafe belegt wurden, die für jeden Tag erhoben wurde, an dem die Kinder der polnischen Schule fernblieben. Der Einspruch beim Kreisgericht in Rybnik hatte zur Folge, daß die Geldstrafen über 50 und 60 Zloty gegen 12 deutsche Väter in Haftstrafen von 6 bis 12 Wochen ohne Bewährungsfrist umgewandelt wurden (1).

Gegen die unverständlichen Urteile des Rybniker Gerichts ist nur noch Kassation beim Obersten Gericht in Warschau möglich. Es ist zu hoffen, daß diese höchste Instanz der polnischen Justiz, wenn sie mit der Angelegenheit befaßt wird, den Sonderratschen österrösischer Behörden und Gerichte gegen das Deutschland ein Ende bereitet, zumal noch zahlreich derartige Prozesse anstehen.

## Autounfall des englischen Königs

ins London, 23. April.

Der englische König hatte heute nachmittag einen leichten Autounfall. Als der Wagen des Königs, der von seinem Stallmeister begleitet war, in das Schloß Windsor einfahren wollte, wurde der Wagen hinten von einem anderen Auto erfaßt und zur Seite geschoben.

## Wechsel im Amt des britischen Lordkammerers

Eigener Bericht des „VB.“

aus London, 23. April.

Der Rücktritt Lord Thomas von Posten des Lordkammerers am Hofe von St. James ist nicht ohne Bedeutung, da von dieser Stellung aus zu Zeiten in nicht zu unterschätzender Einfluß auf das politische Leben Englands ausgegangen ist. Die offizielle Aufgabe des Lordkammerers besteht in der Durchführung der großen Hofveranstaltungen; in dieser Tätigkeit ergibt sich eine dauernde Berührung mit dem Königspaar und der ganzen königlichen Familie. Lord Thomas hat diese Posten 16 Jahre innegehabt. Sein Nachfolger wird Lord Clarendon sein, ein früherer Generalgouverneur von Südafrika.

## Eben Botschafter in Washington?

aus London, 23. April.

„Evening Standard“ bezeichnet das Gerücht, daß die Regierung sich mit dem Gedanken trage, dem früheren Außenminister Eben den Botschafterposten in Washington nach dem Rücktritt des jetzigen Botschafters anzutragen. Das Blatt meint dazu, Eben sei sicher der geeignete Mann für diesen Posten. Wenn er ihn aber annehme, werde er damit seine politische Laufbahn beenden.

## Neue Kontrolle für Marshall Blücher

Warschau, 23. April.

## Italienisch-französische Bilanz

lte Rom, 23. April.

Das Eis ist gebrochen. Wenn es sich zunächst auch nur — da Frankreich in Rom zurzeit durch keinen Botschafter vertreten ist — um französisch-italienische „Besprechungen“ handelt, so ist es doch klar, daß die praktische Bedeutung von wirtschaftlichen „Verhandlungen“ haben. Über den Ausgleich zwischen Italien und Frankreich ist das Wort gefallen, daß es leichter sei, mit einem Löwen als mit hundert Fliegen fertig zu werden. Und in der Tat war man aber mit dem Löwen bereits im Jahre 1895 fertig geworden, als Mussolini und Laval am 6. Januar den Vertrag von Rom abschlossen, die Bestimmungen und Mißverständnisse vergaßen und sich über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessen im Mittelmeer und in Afrika einigten. Der allgemeine Inhalt dieses Vertrages war, daß Italien auf alle ihm auf Grund der Abmachungen von 1898 und des Londoner Vertrages vom 26. April 1915 Frankreich gegenüber zustehenden Ansprüche verzichtete und dafür die stillschweigende Zustimmung Frankreichs zum Vorgehen gegen Abyssinien erhielt.

Es ist bekannt, daß Paris sich dann doch, unter Berufung auf seine Völkerbundungsverpflichtungen, gegen das italienische Unternehmen erklärte und der englischen Marine, die durch die Heimatflotte verstärkt worden war, seine Mittelmeerflotten zur Verfügung stellte. In der Rede vom 28. Dezember 1935 trat Laval, der den Romvertrag selber abgeschloffen hatte, vollkommen an die Seite Englands, und am 6. März 1936 — einen Tag vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Rheinlande — unterschrieb Italien sogar die verschärften Sanktionen. In Italien hat dieses Verhalten die stärkste Verstimmung hervorgerufen. Wenn man auch den Romvertrag nicht kündigte, so war er dennoch praktisch so gut wie hinfällig geworden.

Aber noch eine zweite Frage kam hinzu, und die auf den Nullpunkt herabgesunkenen italienisch-französischen Beziehungen grundsätzlich zu verderben und die bestehende Spannung auf das höchste zu steigern. Als die Erhebung Francos die französische Vormundschaft über die spanische Republik in Frage stellte und nicht nur Frankreich, sondern auch das kommunistische Rußland die spanischen Ruten mit Mannschaften, Waffen und Kriegsmaterial unterstützte, griff auch Italien ein und gab den faschistischen Organisationen den Weg nach Spanien frei. Zwischen Frankreich, wo im Mai 1936 die antifaschistische Volkfront an das Ruder gekommen war, und dem faschistischen Italien entstand ein bewaffneter Konflikt, den man gerabegte aus einem auf Spanien „lokalisierten Kriege“ zwischen dem Faschismus und dem Antifaschismus, der durch das demokratische Frankreich und das kommunistische Rußland vertreten wurde, beigegeben könnte. Da Mussolini unter keinen Umständen die Festlegung des Sowjetismus an den Gestalten des Mittelmeers, „dem See der lateinischen Zivilisation“, zulassen wollte, und Frankreich, wie das halbkatholische „Giornale d'Italia“ immer wieder an der Hand genauester Daten nachweist, die spanischen Ruten auf jede und jegliche Weise unterstützte, so entstand eine Entwidlung, die an den Rand des offenen Krieges drängte.

## Wie die Tschchoslowakei entstand

### Feststellungen der Pariser Zeitschrift „La Griffe“

aus Paris, 23. April.

In Paris werden die Stimmen immer zahlreicher und lauter, die sich dagegen auflehnen, daß Frankreich sich um der schönen Augen Stalins und Weneßs willen auf ein so gemagte Abenteuer einlassen könnte. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt sehr nachdrücklich die Pariser politisch-literarische Wochenzeitung „La Griffe“. Äußerst interessant ist besonders die Schilderung dieses Blattes über die tatsächlichen Hintergründe der Bildung des tschchoslowakischen Staates.

„La Griffe“ schreibt, die Art und Weise, wie dieser als Tschchoslowakei bezeichnete „Harlekin“ zustande gekommen sei, müsse man der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückrufen, damit die Franzosen wenigstens wissen, für wen und wofür sie möglicherweise ihr Leben lassen sollen.

In einem kürzlich erschienenen Buch „Des Coupables“ von Henri Forzi) habe der Verfasser, der selbst Zeuge der unaußerordentlichen Machenschaften um die Friedensverträge gewesen sei, bekanntgegeben, daß während der Friedensverhandlungen Weneß und Masaryk von einem Schwarm von Journalisten, Universitätsprofessoren und Politikern umgeben gewesen seien, die nicht nur für das Konto der

Freunde Tardieus mit einer ebenso umfangreichen Dokumentierung zurückkommen.

Nachstehendes Beispiel wird von den Arbeitsmethoden dieser „Sachverständigen“ wiedergegeben: Weneß habe die Stadt Kaschau verlangt, deren Bevölkerung vollständig ungarisch gewesen sei. Zwei von Tardieu ausgesuchte „Sachverständige“ hätten sich dann dorthin begeben, und zwar in Begleitung des tschchoslowakischen Polizisten Janasari. In Wirklichkeit seien aber die beiden sogenannten Amerikaner selbst auch Tschechen und sogar Jugendfreunde von Weneß gewesen, in die kaum ein Jahr vorher in Amerika „alifiziert“ worden waren.

Nachdem diese beiden „Sachverständigen“ eine Woche lang in einem Hotel Tag und Nacht Feste und Orgeln gefeiert hätten, seien sie mit

die Trianonkonferenz Masaryk und Weneß alles zugestanden, was sie verlangten, und sogar noch mehr.

Am 6. Dezember 1918 habe Masaryk die Einbeziehung von 1,9 Millionen Ungarn in die Tschchoslowakei gefordert, die er als Slawen bezeichnete. Am 18. Februar 1919 habe er, diesmal besser unterrichtet über die Absichten Tardieus, die Zahl auf 2,9 Millionen Menschen erhöht, unter denen sich bereits eine Million Deutsche befanden.

In ihrer Sitzung vom 8. Mai 1919 habe die Trianonkonferenz schließlich ihrerseits diese Zahl auf 3,5 Millionen Einwohner festgelegt, unter denen nicht ein einziger Slawe gewesen sei. Man könne diese Beispiele vervielfachen, so fährt das Blatt fort, die ganze Tschchoslowakei gleiche einem Harlekinanzug mit Tschchen in der Mitte und rundherum Deutsche, Ungarn usw., die gegen ihren Willen ihren Ländern enteignet worden seien. „Die Rechte halten aber nicht mehr“, heißt „La Griffe“ jetzt, „und jeder Bestandteil wird sich schließlich ganz von selbst lösen.“

Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß Weneß der Anführer des Frankreich-Sowjetpakt sei, daß Stalin, der sich verloren fühle, um jeden Preis den Krieg wünsche. 1914 habe Weneß für das Zarenrußland gearbeitet. Warum solle er nicht

# Wie die Tschechoslowakei entstand

## Feststellungen der Pariser Zeitschrift „La Griffe“

dnb Paris, 23. April.

In Paris werden die Stimmen immer zahlreicher und lauter, die sich dagegen auflehnen, daß Frankreich sich um der schönen Augen Stalins und Benesch's willen aus alku gewagte Abenteuer einlassen könnte. Zu dieser Schlüsselrolle gelangt sehr nachdrücklich die Pariser politikisch-literarische Wochenschrift „La Griffe“. Außerst interessant ist besonders die Schilderung dieses Blattes über die tatsächlichen Hintergründe der Bildung des tschechoslowakischen Staates.

„La Griffe“ schreibt, die Art und Weise, wie dieser als Tschechoslowakei bezeichnete „Harlekin“ zustandekommen sei, müsse man der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückrufen, damit die Franzosen wenigstens wissen, für wen und wofür sie möglicherweise ihr Leben kassieren sollen.

In einem kürzlich erschienenen Buch „Les Coupables“ von Henri Forzi) habe der Verfasser, der selbst Zeuge der unruhigen Nachschafften um die Friedensverträge gewesen sei, bekanntgegeben, daß während der Friedensverhandlungen Benesch und Masaryk außer von einem Schwarm von Journalisten, Universitätsprofessoren und Politikern umgeben gewesen seien, die nicht nur für das Konto der Tschechoslowakei, sondern auch noch für die Serben und Rumänen gearbeitet hätten. Benesch und Masaryk hätten ihre Forderungen nur der Triantonkonferenz zu unterbreiten brauchen, auf der sie in der Person Tardieus einen mächtigen Freund gehabt hätten.

Zunächst habe man Wilson vorgebracht, daß Slawen und Slowenen das gleiche seien, so daß sich dieser schließlich erstarrte, jeden Volksentscheid in Transilvanien, in der Tschechoslowakei, in Ruthenien und in Kroatien abzulehnen. Sodann habe Benesch Wilson ein Telegramm der „Slowakischen Liga in Amerika“ gezeigt, in dem diese erklärte, sie sei mit dem Tschechen darüber einig, in dem Einverständnis die Schaffung eines tschechoslowakischen Staates, der die Tschechei, Mähren und die Slowakei umfassen sollte.

Tatsächlich habe die erwähnte Liga aber nur aus emigrierten Tschechen bestanden, von denen außer zwei Mitgliedern schon alle die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hatten. Als gleichzeitig aber gewisse Proteste laut wurden, sei die Entscheidung einiger „Sachverständiger“ an Ort und Stelle beschlossen worden. Natürlich seien diese sogenannten „Sachverständigen“ zur großen

Freude Tardieus mit einer ebenso umfangreichen Dokumentierung zurückgekommen.

Nachstehendes Beispiel wird von den Arbeitern dieser „Sachverständigen“ wieder gegeben: Benesch habe die Stadt Rajchau verlangt, deren Bevölkerung vollständig ungarisch gewesen sei. Zwei von Tardieu ausgesuchte „Sachverständige“ hätten sich dann dorthin begeben, und zwar in Begleitung des tschechischen Politikers Hanajik. Im Wirklichen seien aber die beiden sogenannten Amerikaner selbst auch Tschechen und sogar Jugendfreunde von Benesch gewesen, die kaum ein Jahr vorher in Amerika naturalisiert worden waren.

Nachdem diese beiden „Sachverständigen“ eine Woche lang in einem Hotel Tag und Nacht feste und Regien gefeiert hätten, seien sie mit einem Bericht nach Paris zurückgekommen, der auf Grund von Angaben Benesch's von dem tschechischen Politiker Hanajik ausgearbeitet worden sei.

Auf diese Weise immer wieder getäuscht, habe

die Triantonkonferenz Masaryk und Benesch alles zugestanden, was sie verlangten, und sogar noch mehr.

Am 6. Dezember 1918 habe Masaryk die Einbeziehung von 1,9 Millionen Ungarn in die Tschechoslowakei gefordert, die er als Slawen bezeichnete. Am 18. Februar 1919 habe er, diesmal besser unterrichtet über die Wüsten Tardieus, die Zahl auf 2,9 Millionen Menschen erhöht, unter denen sich bereits eine Million Deutsche befanden.

In ihrer Sitzung vom 8. Mai 1919 habe die Triantonkonferenz schließlich ihrerlei diese Zahl auf 3,5 Millionen Einwohner festgelegt, unter denen nicht ein einziger Slawe gewesen sei. Man könne diese Beispiele verzeihlich, so fährt das Blatt fort, die ganze Tschechoslowakei gleiche einem Harlekinmantel mit Tschechen in der Mitte und rundherum Deutsche, Ungarn usw., die gegen ihren Willen in ihren Häusern entrissen worden seien. „Die Mächte halten aber nicht mehr“, stellt „La Griffe“ fest, „und jeder Bestandteil“ wird sich schließlich ganz von selbst lösen.“

Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß Benesch der Anführer des französischen Sowjetpakt sei, und daß Stalin, der sich verloren fühle, um jeden Preis den Krieg münche. 1914 habe Benesch für das Jarzenruhland gearbeitet. Warum solle er nicht morgen für Sowjetrußland arbeiten?

So fragt das Blatt, und wendet sich schließlich an die Franzosen: „Wird Frankreich Europa in Brand stecken, nur um Stalin und Benesch zu retten?“

# Unverständliche „Sonderbehandlung“ des Deutschtums in Ost-Oberschlesien

## Dastrafen sollen den Besuch polnischer Schulen erzwingen

dnb Kattowitz, 23. April.

Mit dem Beginn des polnischen Schuljahres haben wieder umfangreiche Schikanen der örtlichen polnischen Behörden gegen das Deutschtum in Ostoberschlesien eingeleitet, die jetzt durch unverständliche Urteile eines polnischen Gerichts eine weitere übermäßige Verschärfung erhalten haben.

Die Behörden Ostoberschlesiens, seit jeher wegen ihrer „Sonderbehandlung“ des Deutschtums entgegen der Staatsverfassung und den deutsch-polnischen Freundschafts- und Minderheitenabkommen bekannt, haben eine neue Gelegenheit zu Schikanen ausfindig gemacht. Zu Beginn des Schuljahres hatten zahlreiche

Deutsche ihre Kinder für den Unterricht in den deutschen Privatschulen in Emmastraße und Pisko angemeldet. Ehe der Unterricht begann, mußten die Schulen geschlossen werden, weil die von ihnen gemieteten Räume von den Eigentümern, einem industriellen Unternehmen, gekündigt worden waren. Der Deutsche Schulverein übernahm die Kinder mit

druck erweist wird, als drohe in Zukunft der Schweiz eine Gefahr von Deutschland her, glaubt kein ernsthafter Eidgenosse an diese Möglichkeit, weil die Geschichte der Schweiz zu eindeutig nachweist, woher in der Vergangenheit die Gefahren kamen.

Nach dem Ende des Weltkrieges bemühte sich der Bund um eine erneute Anerkennung seiner Neutralität. Die in Paris ausgearbeiteten Diktate zur Liquidierung des Kriegszustandes haben die Schweizer Bestimmungen berücksichtigt. Die Gründung des „Völkerbundes“ veranlaßte die Eidgenossen, sich aber zu einer Änderung ihrer bisherigen Neutralitätspolitik.

Man entschloß sich, wie es in der Volkshaft des Bundes vom 4. August 1919 heißt, zu einer „neuorientierten“ der Neutralitätspolitik. Im Sinne des politischen Neutralitätsbegriffes war der Beitritt zum

„Völkerbund“ eine völlige Abkehr von der bisherigen Haltung der Schweiz. Aus der bisher beobachteten strikten Neutralität wurde eine wohlwollende Neutralität zugunsten der in der Genfer Einrichtung herrschenden Mächtekoalition.

Es würde im Rahmen dieser Darstellung zu weit führen, das Verhältnis der Schweiz zur Genfer Einrichtung zu beleuchten. Wir dürfen uns heute mit der Feststellung begnügen, daß man inzwischen in Bern, behilft durch die Ereignisse, eingesehen hat, daß die Mitgliedschaft bei der Genfer Einrichtung für die Neutralität der Schweiz und selbst ihren Bestand erhebliche Gefahren mit sich bringt. Heute ist die Abkehr von der 1919 verkündeten „Neuorientierung“ im vollen Gange, und der Bund ist dabei, zu strikten Neutralitätspolitik, die sich selbst im Weltkrieg bewährt hat, zurückzukehren.

Der Rüdrit Lord Thomas von Poiten des Lordämmerers am Hofe von St. James ist nicht ohne Bedeutung, da von dieser Stellung aus zu Zeiten ein nicht zu unterschätzender Einfluß auf das politische Leben Englands ausgegangen ist. Die offizielle Aufgabe des Lordämmerers besteht in der Durchführung der großen Hofveranstaltungen; in dieser Tätigkeit ergibt sich eine dauernde Verbindung mit dem Königspaar und der ganzen königlichen Familie. Lord Thomas hatte diesen Posten 16 Jahre innegehabt. Sein Nachfolger wird Lord Clarendon sein, ein früherer Generalsgouverneur von Südafrika.

# Eben Botschafter in Washington?

dnb London, 23. April.

„Evening Standard“ verzeichnet das Gerücht, daß die Regierung sich mit dem Gedanken trage, dem früheren Außenminister Eden den Botschafterposten in Washington nach dem Rücktritt des jetzigen Botschafters anzutragen. Das Blatt meint dazu, Eden sei sicher der geeignete Mann für diesen Posten. Wenn er ihn aber annehme, werde er damit seine politische Laufbahn beenden.

# Neue Kontrolle für Marshall Blücher

Warschau, 23. April.

Eigener Bericht des „VB.“

Zwischen Marshall Blücher und der polnischen Verwaltung der Roten Armee ist ein neuer Konflikt ausgebrochen.

Der politische Kommissar der Roten Armee, Medchis, hat eine Verordnung erlassen, auch in der fernöstlichen Zone, die unter dem Kommando Marshall Blüchers steht, die neuen Bestimmungen einzuführen, die die Machtbefugnisse der politischen Kommissare bedeutend erweitern. Marshall Blücher widersetzte sich diesen Bestrebungen, was zur Verhaftung des bisherigen politischen Kommissars der fernöstlichen Armee Krawtshaj führte. Krawtshaj, der von Marshall Blücher verteidigt wurde, wurde nach Moskau deportiert und dort als Volkseindiger verhaftet. An seine Stelle ist der Divisionskommandeur Masjepin zum politischen Kommissar der fernöstlichen Armee ernannt worden. Masjepin soll demnächst nach Chabarowsk abreisen, um dort an Ort und Stelle die Verordnung Medchis' über die Verschärfung der politischen Kontrolle in der fernöstlichen Armee durchzuführen.

# Japanische Truppen marschieren auf Taiertschuang

ep London, 23. April.

Die Entscheidungsschlacht bei Taiertschuang, nördlich von Hülshau, ist nach den letzten in Schanghai eingetragenen Meldungen, einem Bericht der „Times“ von dort zufolge, in ein Stadium eingetreten, das einen neuen Erfolg der Japaner einleiten dürfte. Der Widerstand der Chinesen, so heißt es in den Meldungen, sei auf der ganzen, mehrere Kilometer breiten Front gebrochen.

Die Chinesen befanden sich auf dem Rückzug und würden von den Japanern unaufhaltsam verfolgt. Die Chinesen ihrerseits behaupteten zwar, den japanischen Angriff zum Stillstand gebracht zu haben, doch erschienen diese Behauptungen neutralen Beobachtern in Schanghai nicht ganz einwandfrei. Tatsache ist jedenfalls, daß Nord-Kiang große chinesische Truppenformationen festzulegen sind und daß sich die japanischen Truppen in südlicher Richtung bewegen.

Aber noch eine zweite Frage kam hinzu, und die auf den Nullpunkt herabgefunkenen italienisch-französischen Beziehungen grundsätzlich zu verderben und die bestehende Spannung auf das höchste zu steigern. Als die Erhebung Francos die französische Vormundschaft über die spanische Republik in Frage stellte und nicht nur Frankreich, sondern auch das kommunistische Rußland die spanischen Roten mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial unterstützte, griff auch Italien ein und gab den faschistischen Organisationen den Weg nach Spanien frei. Zwischen Frankreich, wo im Mai 1936 die antifaschistische Volksfront an das Ruder gekommen war, und dem faschistischen Italien entstand ein befaßmelter Konflikt, den man geradezu als einen auf Spanien lokalisierten Krieg zwischen dem Faschismus und dem Antifaschismus, der durch das demokratische Frankreich und das kommunistische Rußland vertreten wurde, bezeichnen könnte. Da Mussolini unter keinen Umständen die Festlegung des Bolschewismus an den Gestaden des Mittelmeers, dem See der lateinischen Zivilisation, zulassen wollte, und Frankreich, wie das halbamtliche „Giornale d'Italia“ immer wieder an der Hand genauerer Daten nachwies, die spanischen Roten auf jede und jede Weiße unterstützte, so entstand eine Entzündung, die an den Rand des offenen Krieges drängte.

Als die spanischen Roten immer mehr unterlagen und in Frankreich mit einer offenen Intervention aktiver Divisionen droht wurde, hielt Mussolini am 16. März dieses Jahres seine eindringliche Kammerrede, in der er auf den gewaltigen Stand der italienischen Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft hinwies, was in Paris wie ein kalter Wasserstrahl wirkte. Denn mittlerweile waren auch drei entscheidende Tatsachen vollendet worden: 1. Die Italiener hatten sich in der vollen Bestimmung abgesprochen, und die Hoffnung der Franzosen auf erfolgreiche Aufstände der Eingeborenen erwies sich als völlig verfehlt. 2. Ein Völkerbundsstaat nach dem anderen erkannte die abessinische Eroberung an, und schließlich kam auch England in dem Ötern abgeschlossenen Verträge hinzu. Frankreich, das hauptsächlich durch England zu seiner antitalienischen Haltung veranlaßt worden war, hatte keinen Grund, englischer als die Engländer zu sein, und Abessinien hatte es schon im Verträge vom 6. Januar 1935 der Italienern überlassen. 3. Weiter aber war der Zusammenbruch der spanischen Roten nicht mehr aufzuhalten, wenn man nicht in einen schweren Konflikt mit Italien, dessen Folgen nicht abzusehen waren, hineingeratet würde.

Angesichts dieser Lage hat in Frankreich der gesunde Menschenverstand die Oberhand bekommen. Nicht zum wenigsten wegen seiner antitalienischen Politik ließ man das Ministerium Blum und die Volksfront fallen. Damit war auch der ideologische Konflikt zwischen Faschismus und Antifaschismus, wenigstens in seiner scharfen Form, erledigt, und der Weg aus dieser Sackgasse für einen Ausgleich frei geworden. Italien, das Realpolitik betreibt, ist zu diesem bereit, und es denkt auch nicht im entferntesten daran, ein Politik der Rantüne zu befolgen. Frankreich andererseits scheint sich mit den vollendeten Tatsachen, die doch nicht mehr ändern sind, abzugeben zu haben, und durch den englisch-italienischen Vertrag hat es auch bereits indirekt die Versicherung erhalten, daß Italien sich in keiner Weise in Spanien festsetzen will und wird.



V. B. 24. April 1938

# Nach den Siegen Francos

Von Dr. Ernst Kredel

Die großen Operationen, die General Franco in den letzten Monaten zur Befreiung Spaniens von den bolschewistischen Tölpeln eingeleitet hatte, sind sämtlich von Erfolg gekrönt.

Zunächst kam die aragonesische Front in Bewegung. Der Vormarsch im Raume Saragossa—Huesca gelangte erst zum Stehen, als General Vague Lerida genommen hatte, das bereits tief in Katalonien gelegen ist. Während diese Kämpfe noch im Brennpunkt standen und über die weiteren Absichten Francos Dunkel gebreitet war, schickte sich im Raume Caspe—Alcaniz die Divisionen der Generale Valino und Aranda bereits in Bewegung, um den Vorstoß zum Mittelmeer durchzuführen. Valino ging über Gandesa nach Tortosa an der Ebro-Mündung vor. Aranda wurde über Morella angeleitet.

Als die nationalen Truppen vor Tortosa standen und der Widerstand der roten Brigaden den Vormarsch einstweilen zum Stehen brachte, bewies Franco keine überlegene Kriegsführung, indem er blitzschnell die südliche Gruppe Aranda verstärkte und sie über Balibona, das Tal des Cerbol-Flusses entlang auf Vinaroz ansetzte. Die überraschten Roten waren nicht in der Lage, ihre um Tortosa massierten Kräfte so schnell zu verschieben, daß die Straße bei Vinaroz und die Stadt selbst gehalten werden konnten. Der gut vorbereitete und überlegen vorgetragene Durchbruch zum Mittelmeer war da! Die Durchbruchstelle selbst wurde sofort so weit verbreitert, daß sie nicht nur nach zwei Seiten gehalten werden konnte, sondern sogar Ausgangspunkt des Vormarsches auf Tortosa nach Norden und auf Castellon nach Süden wurde.

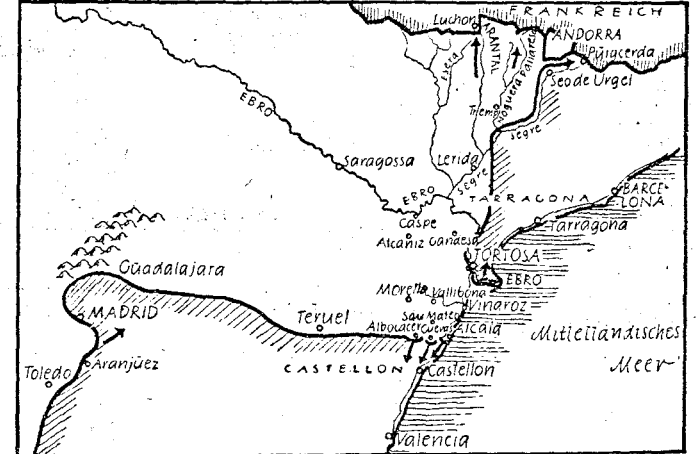
Der dritte Frontabschnitt, auf dem ein großer und entscheidender Erfolg errungen werden konnte, ist die Pyrenäenfront an der spanisch-französischen Grenze. Die Lage ist hier unübersichtlicher als in den anderen Kampfgestirten. Im Zusammenhang mit dem Vormarsch auf Lerida wurden die Flußtäler der Pyrenäen gesäubert und die Roten der Grenze getrieben. Im Westen der Heinen Grenzrepublik Andorra ist es das Arenal, das die nach Norden flüchtenden Roten aufnahm. Hier sind die Bewohner ausgeplündert worden. Fast alles Vieh wurde abgetrieben. Unmenschlichen Grausamkeiten waren die Talbewohner ausgeleitet. Dann überschritten die Roten die Grenze bei Luchon, der oft genannten französischen Grenzkation. Im Osten von Andorra gingen der Vormarsch und die Angriffsrichtung der nationalen Truppen das Segre-Tal entlang über Seo de Urgel nach dem Grenzort Puigcerda. Seo de Urgel ist übrigens der Sitz des Bischofs, der in Andorra neben der französischen Regierung als zweiter Faktor die vollziehende Gewalt ausübt bzw. diese beaufsichtigt. Da, wo in den Pyrenäen noch Kämpfe stattfinden, handelt es sich um Rückzugseffekte, die auf die Gesamtlage in diesem Abschnitt keinen Einfluß ausüben können. Sie haben sich in Einzelhandlungen aufgelöst.

Regierungen sympathisierender Länder von der Ausschichtslosigkeit des spanischen Kampfes. Andererseits eröffnen sie Ausichten auf baldige Beendigung des Krieges und haben die Zuerüchtheit der nationalspanischen Franco-Truppen gesteigert.

Noch aber stehen zwei erbitterte Gegner im Kampf. Ungeheuer sind die geographischen Schwierigkeiten, die sich den Nationalen auf allen Angriffsfronten entgegenstellen. Jäh und verbissen verteidigt sich der verzweifelte Gegner, der weiß, was ihm bei einer Niederlage bevorsteht. Das muß man sowohl bei Beurteilung der letzten Kämpfe als auch der Zukunftsaussichten für Franco berücksichtigen. Man darf diese,

ohne die Vorgänge zu überschätzen, als ausichtsreich anprechen. Dafür spricht nicht zuletzt auch das jetzt verbreitete Gerücht, nach welchem Prieto, der frühere rote Kriegsmilitär, verhaftet werden soll, weil man ihn für die Niederlagen bei Lerida und am Mittelmeer verantwortlich macht.

Wir erinnern uns, daß er es nach dem Durchstoß der Nationalen zum Mittelmeer war, der diesen Erfolg als belanglos hinzustellen suchte und die Trennung der beiden spanischen Gebiete für bedeutungslos erklärte. Nun aber, wo er den schnell aufeinander folgenden Ereignissen zum Opfer zu fallen droht, werden auch er und mit ihm die Verantwortlichen in Barcelona und Valencia zu einer anderen Auffassung gekommen sein. Die Zeit arbeitet für Franco, dessen Truppen von einem militärischen Geist befeuert sind, der von Tag zu Tag und von Sieg zu Sieg gestärkt wird. Bei den roten Truppen ist es umgekehrt.



Zeichnung: Kurzheuer

# Bonnet über die Lage in Europa

Ein Interview des französischen Außenministers

Copyright 1938 by International News Service ins Paris, 23. April.

Der französische Außenminister und ehemalige Botschafter in Washington, Georges Bonnet, gewährte dem International News Service in dem Medicin-Saal des französischen Auswärtigen Amtes ein Interview, in dem sich der französische Staatsminister eingehend über die politische Lage in Europa und über französische Zukunftspläne aussprach.

Georges Bonnet erklärte hierbei: „Europa ist heute viel ruhiger, als es seit Monaten gewesen ist. Viele grundsätzliche Friedensfragen müssen noch geklärt werden, und viele dieser Fragen erfordern noch langwierige und schwierige Verhandlungen. Es muß aber festgestellt werden, daß die im Augenblick bestehende Atmosphäre gewissen realistischen Verhandlungen und Erörterungen viel förderlicher ist als je zuvor seit langer Zeit. Zweifelslos ist eine deutliche Entspannung der europäischen Lage entstanden.“

Der französische Außenminister gab im Anschluß an diese Worte der Überzeugung Ausdruck, daß er sich durchaus nicht in irgendwelchen Missionen oder übertriebenem Optimismus bezüglich der endgültigen Regelung einer Reihe europäischer Fragen misse, jedoch gab er dem Interviewer zu verstehen, daß er genau wie der englische Ministerpräsident Chamberlain in der Meinung sei, daß man eine neue Methode bei der Behandlung der europäischen Noie anwenden müsse.

In diesem Zusammenhang gab Bonnet zu verstehen, daß Frankreich auch zu zweiseitigen Verhandlungen mit den Mächten zwecks Lösung bestehender Schwierigkeiten bereit sei. Aus diesem Grunde ist Außenminister Bonnet auch der Überzeugung, daß es keinen allgemeinen europäischen Krieg geben wird. Er legt daher den allergrößten Wert auf die bevorstehenden französisch-italienischen Verhandlungen, die er selbst in die Wege leitete, und auf die in London bevorstehenden englisch-französischen Bepfahrungen, während deren der französische Premierminister Daladier und Bonnet

mit den englischen Staatsmännern ausführliche Rückprache hatten werden. „Ich glaube an einen befriedigenden Erfolg der französisch-italienischen Unterhaltungen“, fuhr Außenminister Bonnet fort. Auf meine Frage, ob sich die englisch-französischen Unterhaltungen in London nur auf solche Probleme beziehen würden, die allein die Beziehungen dieser Länder angehen, erwiderte Bonnet wörtlich:

„Selbstverständlich werden in der Hauptsache Fragen besprochen werden, die die Beziehungen unter diesen Länder untereinander angehen. Aber darüber hinaus werden sich unsere Bepfahrungen auch noch über ein weites und wichtiges Feld europäischer Fragen erstrecken. Frankreich hat und wünscht friedliche und herzliche Beziehungen mit allen Völkern, ohne Rücksicht auf deren interne politische Struktur, Frankreich verfolgt eine Politik der Erfüllung aller seiner Verpflichtungen und der Vertragsverpflichtungen gegenüber seinen Alliierten, und Frankreich beabsichtigt, diese Verpflichtungen zu respektieren.“

Auf der anderen Seite wünscht Frankreich auch eine Zusammenarbeit mit den anderen Ländern. Eine solche Politik der Zusammenarbeit sollte aber nicht als ein Verzicht auf die französische Politik der Unabhängigkeit oder als eine Unterwerfung unter ein Diktat betrachtet werden. Im Gegenteil, es ist eine Politik des Friedens und des Realismus.“

„Die politischen Probleme Europas sind jedoch nicht der einzige Fragenkomplex, dem die Staatsmänner gegenüberstehen. Es gibt viele wirtschaftliche und finanzielle Fragen größter Wichtigkeit, die gelöst werden müssen, wenn Europa und die Welt zu einer Zusammenarbeit gelangen soll, denn die Wurzel vieler politischer Schwierigkeiten bilden finanzielle und wirtschaftliche Faktoren.“

## Mussolini empfängt den englischen Kriegsminister

am 23. April.

Mussolini empfing am Sonnabend, am 16 Uhr, den englischen Kriegsminister Fore-Bellha.

Vormittags besuchte der englische Kriegsminister die Kaserne des zweiten Grenadier-Regiments, wo er vom Staatssekretär im Kriegsministerium, General Pariani, dem Kommandeur des hiesigen Armeekorps und zahlreichen Offizieren empfangen wurde. Nach Abnahme der Parade begab sich der englische Kriegsminister in das historische Museum und nahm anschließend an einem ihm zu Ehren von Außenminister Graf Ciano im Offizierskasino veranstalteten Essen teil.

In den ersten Nachmittagsstunden wohnte Fore-Bellha sportlichen Vorführungen im Campo Polo bei.

Abhluß der Sonnabend-Berichtungen in einem Essen in der englischen Botschaft, zu dem zahlreiche hohe italienische Persönlichkeiten erschienen waren.

# Die Neutralität der Schweiz

Ihre Geschichte und ihre Wandlungen

Von M. J. Keinarz, Genf

Die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich hat einer seit langem geführten Debatte über die Neutralitätspolitik des Bundes noch verstärkten Auftrieb verliehen. Der Vertreter des „Bäffischen Beobachters“ in der Schweiz befaßte sich deshalb in dem folgenden Artikel mit dem historischen Problem der schweizerischen Neutralität.

Die schweizerische Neutralität ist ein geschichtlich begriff geworden, dessen Bedeutung durch seine Einmaligkeit seine Bedeutung erhielt. Der Schweizer Bund ist der einzige Staat, der bis auf den heutigen Tag die dauernde Neutralität als Grundgesetz erklärt hat, während die sogenannten „neutralisierten Staaten“ im Jahre 1920 bei ihrem Eintritt in den „Völkerbund“ auf diese grundsätzliche Haltung Verzicht leisteten und die dauernde Neutralität preisgaben, nachdem ihnen die Pariser Diktate keine andere Möglichkeit mehr ließen.

Wenn man die Sonderstellung der Schweiz vertheilen will, muß man zurückgreifen in die Entstehungsgeschichte ihrer Neutralitätspolitik, die sich in mehr als 500 Jahren bewährt hat. Habsburgischer Unverstand brachte die Eidgenossen im 15. Jahrhundert dazu — sie gehörten damals noch zum Reich — ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und selbständig Verträge mit anderen Staaten abzuschließen.

Die schwere Niederlage in der Schlacht bei St. Jakob war der Tatsache zugrundeliegend, daß die Eidgenossenschaft zu gleicher Zeit mit Österreich und Frankreich im Kriege lag. Um sich vor der Wiederholung eines zweifelhafte Angriffs zu schützen, schlossen die Eidgenossen Verträge ab, die sie heute Nichtangriffspalte nennen würden. Sie gingen sowohl Österreich als auch Frankreich gegenüber die Verpflichtung ein, keinem Gegner dieser Staaten Durchzug oder Unterstützung zu gewähren. In dieser Verträge liegt die eigentliche Wurzel der schweizerischen Neutralitätspolitik, von der Paul Schweizer, der eidgenössische Historiker sagt, daß ihre Anwendung unbeeinträchtigt allmählich die Lösung von Reichgebrachte. Die eigentliche Neutralitätsidee wurde den Eidgenossen wohl mehr bewußt, als sie zu Beginn des 16. Jahrhunderts darangingen, die einzelnen Orte zu einer inneren Neutralität zu verpflichten, um den Zwangsigkeiten in ihrem eigenen Bereich ein Ende zu bereiten.

Solange aber die Eidgenossenschaft nicht auf eine eigene Ausdehnungspolitik verzichtet hatte, konnte von grundsätzlicher Neutralität keine Rede sein. Während man sich im Norden durch Verträge gesichert hatte, führte man im Süden Verträge, um neue Land zu erobern. Der Sieg von Morat im Jahre 1513 setzte den Schlußstein unter diese Politik, die mit der großen und blutigen Niederlage von Marignano zwei Jahre später endgültig begraben wurde. Diese blutige und opferreiche Lehre ließ in den Eidgenossen die Ansicht groß werden, daß sie aus der Beteiligung an fremden Kriegen keinen Nutzen ziehen könnten. Die nachfolgende Entwidlung war für den Bund die zwingende Notwendigkeit, daß seine Existenz nur erhalten bleiben konnte, wenn man sich aus allem, was jenseits der Grenzen vor sich ging, heraushalten würde.

Während des habsburgischen Kriegs-

# Sudetendeutschtum verlangt Erfüllung seiner Rechtsforderungen

Beginn der Haupttagung der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins

Eigener Bericht des „VB.“

Kl Prag, 23. April.

Die mit Spannung erwartete Haupttagung der Sudetendeutschen Partei wurde heute vormittag in Karlsbad eröffnet. Sie brachte drei grundsätzliche Referate über die Forderung des Sudetendeutschtums. In den Reden kam der unerlöschliche Ruf zum Ausdruck, gegen den bestehenden Zustand der einseitigen Segemoniestellung des tschechischen Volkes mit aller Kraft anzukämpfen so lange, bis er durch eine neue Ordnung ersetzt ist, die aus den sechs Völkern des Staates sechs völlig gleichberechtigte Glieder der tschechoslowakischen Völkergemeinschaft macht.

Im festlich geschmückten Kurhausaal in Karlsbad begann am Sonnabend die 10-jährige Haupttagung der Sudetendeutschen Partei. Kurz nach 14 Uhr erschien, förmlich begrüßt, Konrad Henlein. Abgeordneter Franz Melcher ihm die angetretene Amtswalterchaft der Partei,

Frank drei Gesichtspunkte, die der 6. Haupttagung der Sudetendeutschen Partei ihre besondere Bedeutung geben:

Zum ersten müsse festgestellt werden, daß es in diesem Jahr zum ersten Male möglich war, eine wahre Volkserhebung des geinteten

gangsgeleitet vom Jahre 1936 sei diese ganze Entwicklung in ein neues Stadium getreten, denn dieses habe den Begriff der „Grenzzone“ geschaffen, in der nicht nur 85,1 v. H. der Sudetendeutschen und gar 87,6 v. H. aller sogenannten „Minderheiten“ überhaupt, aber 24,7 v. H. der Angehörigen beider „Staatsvölker“ der Tschechen und Slowaken, wohnen.

Innerhalb dieser Grenzzone hätten sich die Militärbehörden in den allgemeinen Gang der Verwaltung in einem Maße eingeschaltet, wie das für normale Verhältnisse und Friedenszeiten nicht hierzulande, sondern ganz im allgemeinen niemals und auch nur annähernd der Fall gewesen sei. Damit verbinde sich eine Verhaltungs- und Verwaltungsweise auf Grund der Scherung

der Sitz des Bischofs, der in Andorra neben der französischen Regierung als zweiter Faktor die vollziehende Gewalt ausübt bzw. diese beaufsichtigt. Da, wo in den Pyrenäenpässen noch Kämpfe stattfinden, handelt es sich um Rückzugsefechtungen, die auf die Gesamtlage in diesem Abschnitt keinen Einfluß ausüben können. Sie haben sich in Einzelhandlungen aufgelöst.

Im Madrid, bei Guadalajara, vor Teruel und im Abschnitt Verida fanden in den letzten Wochen zwar dauernde Kämpfe statt, sie haben aber keine wesentlichen Frontänderungen im Gefolge gehabt. Auch der Kampf um Tortosa hielt noch vor der Entscheidung. In den Vororten rechts des Ebro flühen die nationalen Truppen. Bis zur Chromündung ist im Süden des Ebro das Land im Besitz Francos. Über die Notizen haben sich in der eigenlischen Stadt und Festung Tortosa links des Ebro festgesetzt und bereiten sich zur Verteidigung vor.

Die Durchbruchsstelle bei Vinaroz ist in den vergangenen Tagen soweit gesichert worden, daß sie, wie gelagt, als Basis für die nach Norden und Süden zugleich gerichteten Operationen dienen kann und bereits als solche benutzt wird. Sie ist jetzt von Tortosa bis Alcala mehr als sechzig Kilometer breit. Nach Süden gewinnt der Vormarsch des Generals Miranda von Tag zu Tag Raum. In drei Kolonnen, die parallel zueinander marschieren, stoßen seine Truppen auf Castellon vor, das von allen drei Vormarschkolonnen noch vierzig Kilometer entfernt ist. Die Orte, an denen die Kolonnen zuletzt festgesetzt wurden, sind außer Alcala an der Küste Cuevas und Albocacer. Wenn wir mit dieser Übersicht die militärischen Ereignisse der letzten Wochen noch einmal an uns in großen Zügen vorüberziehen lassen, so dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß die Erfolge Francos außerordentlich und für die Notizen an den einzelnen Frontabschnitten katastrophal waren. Sie verminderten das Material der Roten, zerlegten die Moral der Truppen und überzeugten die mit den roten

tischlichen Volkes mit aller Kraft anzufämpfen so lange, bis er durch eine neue Ordnung ersetzt ist, die aus den sechs Wölfen des Staates sechs völlig gleichberechtigte Glieder der tschechoslowakischen Völkergemeinschaft macht.

Am feierlich geschmückten Kurhausaal in Karlsbad begann am Sonnabend die diesjährige Haupttagung der Sudetendeutschen Partei. Kurz nach 14 Uhr erschien, feierlich begrüßt, Konrad Henlein. Abgeordneter Frank meldete ihm die angetretene Amtswaltertschaft der Partei, worauf Konrad Henlein die 6. Haupttagung der Sudetendeutschen Partei als eröffnet erklärte und seinem Stellvertreter Karl Herrmann Frank den Verlaß der Tagung übertrug. Frank begrüßte die Amtswalter und die erstmalig bei der Haupttagung der Sudetendeutschen Partei anwesenden Vertreter der großen sudetendeutschen Volkstumverbände, des Deutschen Turnerverbandes, des Bundes der Deutschen, des Deutschen Kulturverbandes, des Sängerbundes der Sudetendeutschen und jerner die Vertreter der deutschen nationalen Gewerkschaften. Die vereinigten madjarischen Parteien hatten der Tagung ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem auf die Schicksalsgemeinschaft der beiden Volksgruppen hingewiesen wird. In seiner Ansprache würdigte Karl Herrmann

Frank drei Gesichtspunkte, die der 6. Haupttagung der Sudetendeutschen Partei ihre besondere Bedeutung gaben:

Zum ersten müsse festgesetzt werden, daß es in diesem Jahre zum ersten Male möglich war, eine wahre Volksumarmmlung des geeinigten Sudetendeutschtums abzuhalten.

Zum zweiten müsse auch hier des großen geschichtlichen Ereignisses gedacht werden, daß Österreich ins Reich heimgefunden habe; aus diesem Anlaß müßten auch von dieser Stelle aus dem Führer die herzlichsten Glückwünsche übermittelt werden.

Zum dritten liege die große Bedeutung der Tagung in der Tatsache, daß sich zum 20. Male der Tag näherte, an dem das Sudetendeutschtum seinen Willen diesem Staat einverleibt wurde. Wir wollen unsere Forderungen aufstellen, schloß Karl Herrmann Frank, „die wir an den Staat und die tschechische Regierung stellen müssen“.

### Mit der tschechisch imperialistischen Geisteshaltung gibt es keine Verständigung

Der Hauptleiter des Amtes für Selbstverwaltung, Dr. Krejčí, sprach über die Rechtsminderung der Selbstverwaltungspersonalitäten, die in einem trassen Gegensatz zu den im Jahre 1918 gemachten Versprechungen der tschechischen Staatsmänner steht. Am empfindlichsten kommt diese Rechtsminderung auf dem Gebiete des Kommunalpolizeiwesens zum Ausdruck.

In 55 Städten, von denen 49 eine häre deutsche Mehrheit haben, wurde die frühere deutsche Kommunalpolizei durch eine volksfremde tschechische Staatspolizei ersetzt, die dem Sudetendeutschtum sinnfällig vor Augen führte, daß es zu einer beherrschten Schicht im Staate herabgesunken sei.

Dr. Wilhelm Sebekowsky führte va. aus, das sudetendeutsche Gebiet sei aus dem Bestreben heraus, die tschechischen „Positionen“ im Kampf um den zukünftigen Nationalstaat nach Möglichkeit zu stärken, seit zwanzig Jahren von einer systematischen fremdbösischen Zuanwanderung durchsetzt und verlest worden.

Diese unnatürliche und künstliche Durchsetzung des sudetendeutschen Siedlungs- und Lebensraumes vollzogene sich nach einem klar erkennbaren geopolitisch-strategischen Eroberungsprogramm und habe dem Sudetendeutschtum auf allen seinen Lebens- und Arbeitsgebieten den schwersten materiellen und ideellen Schaden zugefügt. Seit dem Ersatz des Staatsverteidi-

aber 347 vS. der Angehörigen beider „Staatsvölker“ der Tschechen und Slowaken, wohnen.

Innerhalb dieser Grenzzone hätten sich die Militärbehörden in den allgemeinen Gang der Verwaltung in einem Maße eingeschaltet, wie das für normale Verhältnisse und Friedenszeiten nicht nur hierzulande, sondern ganz im allgemeinen niemals und auch nur annähernd der Fall gewesen sei. Damit verbinde sich eine Verhaftungs- und Prozeßpraxis auf Grund des Schußgesetzes, die jede erdwürdige Volksgruppe mit steigender Erbitterung erfüllen müsse. Man habe den sudetendeutschen Lebens- und Siedlungsraum verkleinert und durchlöchert.

Um so zäher und verbissener aber verteidige das Sudetendeutschtum, was es nach hoffe!

Die auf brutale Ernationalisierung oder fäuglich „berechnende“ Assimilation gerichteten Maßnahmen hätten verjagt und würden in Zukunft erst recht keinen Erfolg haben.

Das Sudetendeutschtum wolle niemanden im Zweifel lassen: Mit dieser tschechischen imperialistischen Geisteshaltung gibt es keine Verständigung, weil sie nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führt.

Der Vorliegende der parlamentarischen Fraktion der SDP, Abgeordneter Kundi, legte die Grenzen des sudetendeutschen Vertriebsgebietes ab. Er verwies zunächst auf die schwere Schädigung der gesamten sudetendeutschen Volksubstanz in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Die sudetendeutsche Volksgruppe wurde zu einer Volksgruppe minderen Rechts herabgedrückt. Nach wisse man nicht, ob eine Wendung auf tschechischer Seite zu erwarten sei.

Die von Hofbisch angekündigte Kodifizierung des bestehenden Minderheitenrechts sei lediglich eine Angelegenheit der Technik.

Auch diese Kodifizierung gehe aber von den Begriffen eines Staatsvolkes auf der einen und von Minderheiten auf der anderen Seite aus. Diese Begriffsverwirrung müsse mit allem Nachdruck abgelehnt werden. An Stelle des Begriffs Staatsvolk und Minderheiten müsse der Begriff der gleichberechtigten Volksgruppen treten, die zusammen einen Reichsverband

Außenminister Graf Ciano im Diktierstajino veranstalteten Essen teil.

In den ersten Nachmittagsstunden wohnte Hore-Beliba sportlichen Vorführungen im Campo Polo bei.

Den Abschluß der Sonnabend-Veranstaltungen bildete ein Essen in der englischen Botschaft, zu dem zahlreiche hohe italienische Persönlichkeiten erschienen waren.

### Grundsteinlegung zur fünfzehnten Stadt im pontinischen Gebiet

Eigener Bericht des „VB.“

16 Rom, 23. April.

In der Nähe des nach der Legende von Aneas begründeten Lavinium wird Mussolini am Montag den ersten Grundstein zu der 15. von ihm in dem pontinischen Gebiet ins Leben gerufenen Städte legen.

Sie soll den Namen einer der antiken, im Sumpfbgebiet untergegangenen Ortschaften tragen und Pomezia heißen. Ungefähr 5000 ehemalige Kriegsteilnehmer werden in ihr Platz finden. Zur gleichen Zeit soll die Urbarmachung von 3000 Hektar Land in Angriff genommen werden, auf denen dann 120 Bauernstellen angelegt werden, eine jede von der Größe von 15 bis 30 Hektar.

bilden und denen das Recht der Selbstbestimmung zusteht.

In einer Kodifizierung des bisherigen Minderheitenrechts kann das Sudetendeutschtum nur die Kodifizierung minderen Rechts erbsiden, selbst wenn man diese Arbeit Nationales Statut benannt.

Derartige politische, juristische und gebantliche Halbsheiten könne das Sudetendeutschtum entschließen ab.

So hat schon der erste Tag des sudetendeutschen Volkstings über die Basis der sudetendeutschen Vertriebsgebiete weitgehende Klarheit gebracht. Den Höhepunkt der Tagung wird die morgige große politische Rede Konrad Henleins bilden, der auch auf tschechischer Seite mit stärkster Spannung entgegengelbitt wird.

Diese blutige und sperrreiche Lehre ließ in den Eidgenossen die Ansicht groß werden, daß sie aus der Beteiligung an fremde Kriegen keinen Nutzen ziehen könnten. Die nachfolgende Entwicklung war für den Bund die zwingende Bestätigung, daß seine Existenz nur erhalten bleiben konnte, wenn man sich aus allem, was jenseits der Grenzen vor sich ging, heraushalten würde. Während des Schwabtschischen Kriege erklärte man dem Kaiser offen, daß man ihn

Berlin W 15, Kurfürstendamm 181

In der letzten Nummer der „Zahnärztlichen Mitteilungen“, dem Verbandsblatt der deutschen Zahnärzte, bespricht Herr „Derstroff“ meine bekannte Forderung eines neuen Weges für einen bis zur Vollkommenheit verbesserten Zahnersatz (nachzulesen im „Völkischen Beobachter“, v. 20. 2. 38).

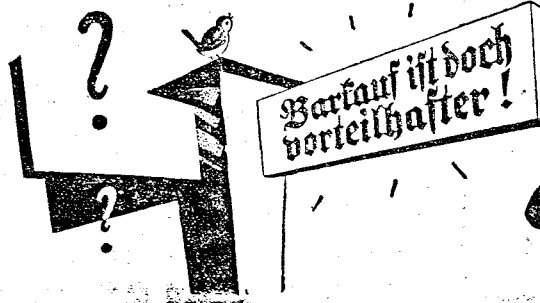
Herr Derstroff lobt und preist in seinem ausführlichen Artikel meine besonderen Fähigkeiten über alle Maßen. Eine solche öffentliche Belobigung verdient meinen öffentlichen Dank, welchen ich hiermit Herrra Derstroff ganz ergebenst ausspreche.

Ich benutze weiter diese Gelegenheit, um den vielen zu danken, die mir senerzeit begeistert geschrieben und wertvolle Anregungen gegeben haben.

Aus den tragischen Erlebnissen der Frauen, die bisher Goldzähne trugen, gewinne ich die Kraft, immer intensiver meinem Schönheitsideal und meiner Idee zu dienen.

Unser Ziel, die Menschheit und vor allem die Frau von dem häßlichen Gold im Munde zu befreien, wird nicht allein durch mich, sondern durch das Leben und durch den Schönheitsinn der Frau erzwungen werden. Die Frau wird der Zahnheilkunde ihre Entscheidung dahin befehlen, daß Deutschland auch das Land der Frauen mit den schönen Zähnen wird.

**W. R. Reichel**



# Gehen Sie zu



BERLIN · KONIGSTRASSE 23 · CHAUSSÉESTRASSE 113  
WILHELMSDORFER STR. 108 · ORANIENSTR. 40  
FLÜGELN: ALTONA · BARMBECK · BREMEN · BRESLAU · DORTMUND  
DUSSELDORF · DUISBURG · ESSEN · FRANKFURT a. M. · HAMBURG  
HANNOVER · KÖLN · MAGDEBURG · W. BARMEN · W. ELBERFELD

DAMEN-KLEIDUNG · HERREN-KLEIDUNG  
KINDER-KLEIDUNG UND DAMENHÜTE

V. B. 24 April 1938

26 - medie del